

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrotasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke, Inh. Walter Sieke Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Zeitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterlicheinzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 111

Bad Schandau, Freitag, den 13. Mai 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden.

* In der Industriekommission der Genfer Weltwirtschaftskonferenz entwickelte gestern der deutsche Delegierte, Reichstagsabgeordneter Lammer, den deutschen Standpunkt zu der Frage der Bildung internationaler Industriekartelle.

* Die Pförtnerin des St. Josephs-Hospitals in Oberhausen, Käthe Weber, die zuletzt den Posten einer kaufmännischen Leiterin des Hospitals bekleidete, hat nach und nach 70 000 Mark unterschlagen. Als die Verfehlungen bekannt wurden, versuchte sie, sich zu erhängen, was ihr jedoch mißlang. Sie ist in Haft genommen worden.

* Nach einer Meldung der D. N. Z. aus Schanghai hat General Tschanglatsch der Stadt Schanghai 30 Millionen Dollar Steuern zur Bestreitung seiner militärischen Ausgaben auferlegt. Die chinesischen Bankiers haben bereits 3 Millionen an ihn abgeführt.

Argentiniens Süden als Siedlungsland für Deutsche.

Von Fr. Paulig, Bahia Blanca (Argentinien).

In Deutschland besteht trotz aller Warnungen noch immer ein übertriebener Optimismus hinsichtlich der Hoffnungen, als Einwanderer in Argentinien schnell vorwärts zu kommen. Zunächst sei daher immer wieder betont, daß Argentinien hauptsächlich landwirtschaftliche Arbeitskräfte braucht, keine Industrie- oder gar Kopfarbeiter. Erstere aber werden, wenn sie wüßten, welche erbärmlichen Arbeitsbedingungen ihrer hier besonders im Anfang warten, auch in der Heimat trotz aller dort herrschenden Not ihr Auskommen finden. Auf keinen Fall aber dürfen sie ihre Absicht, nach Argentinien auszuwandern, übereilt ausführen.

Für Nord-Europäer wenig zuträglich ist der heiße Norden Argentiniens mit seinem subtropischen Klima und seinem in der Hitze läppig gedeihenden Ungeziefer. Der Süden Argentiniens hingegen erscheint für Deutsche weit geeigneter und könnte der Mittelpunkt des Deutschums in dem weiten Lande werden.

Besonders der Südboden der Provinz Buenos Aires eignet sich schon wegen des großen Bedarfs der nahe gelegenen 2 Millionen-Stadt Buenos Aires und wegen der Nähe der Verfrachtungshäfen nach Uebersee für die Siedelnde Klein-Landwirtschaft. Diese kommt für Deutsche fast ausschließlich in Frage, da dem deutschen Auswanderer in der Regel heute nur noch geringe Mittel zur Verfügung stehen. Wegen der dauernd schwankenden Weltmarktpreise ist der Absatz in nahe gelegenen Verbrauchszentren besser und sicherer als der auf dem Weltmarkt. In nicht allzugerhoher Entfernung von Buenos Aires oder in der Nähe größerer Provinzialstädte würde also deutsches Kapital, das in Kleininvestitionen angelegt würde, eine gute Verzinsung finden. Mit seiner Hilfe könnten wenig bemittelte und arbeitssame Landsleute sich mit wenigen Hektaren eine sorgere Existenz gründen, indem sie Milchviehwirtschaft, Gemüse-, Obst- und Weinbau betreiben, verbunden mit Geflügel- und Bienenzucht, evtl. auch Schweinefleisch. Nur wenige Argentinier befaßen sich mit letzterer, weil die Schweine Pflege und Kernfutter verlangen, die große Mehrheit der Argentinier aber die viele damit verbundene Kleinarbeit nicht sonderlich schätzt. Infolgedessen ist das Schweinefleisch im Kleinhandel viel teurer als das Rind- und Hammelfleisch. Für geschulte deutsche Fachleute hier auch die Bereitung von Milch, Butter und Käse ein ideales und ertragreiches Arbeitsfeld bieten. Die Ausfuhr der argentinischen Milchzeugnisse ist nach dem Kriege gewaltig gestiegen. Auch der Samenbau bietet in Argentinien eine gute Zukunft.

Leider werden die Anpflanzungen durch allzu lange andauernde Trockenheit in vielen Gegenden gefährdet. Die Blitze weiterer Kreise haben sich daher auf Ländereien gelenkt, die ungefähr auf 40 Grad südlicher Breite gelegen und infolge künstlicher Bewässerung durch den Rio Negro (Schwarzer Fluß) von den Launen der Witterung unabhängig sind. Dort ist unlängst eine Kolonie von 5000 Hektar für vorzugsweise italienische Kolonisten von italienisch-argentinischen Banken, Schiffsahrts-Gesellschaften u. a. italienischen Kreisen gegründet und in Lose von 5-15 Hektar eingeteilt worden. Der Landpreis von 900 Papier-Pesos oder rund 1 500 Mark je Hektar ist nicht hoch, da in dem Preise die Kosten des Wohnhauses mit enthalten sind. In dortiger Gegend ergaben sich in letzter Zeit bei den in ganz Argentinien üblichen Grundstücks-Versteigerungen Hektarpreise von mehr als 3 000 Papier-Pesos! Von dem Kaufpreis gibt die Nationale Hypothekbank 80 Prozent auf 33 Jahre Abzahlung zu 8 Prozent, während 20 Prozent in 5 Jahren abzuzahlen sind. In den ersten 2 Jahren hat der Ansetzler keine Zahlungen zu leisten. Er muß aber 1 000 Pesos in bar oder Gerätschaften als Bürgschaft hinterlegen. Der Betrag wird ihm von der Gesellschaft mit 7 Prozent verzinst und bei der Uebernahme des Landtitels nach 2 Jahren auf seine Schuldsumme angerechnet.

In wenigen Jahren kann sich ein tatkräftiger Siedler mit verhältnismäßig geringem Kapital hier eine gesicherte Existenz auf eigenem Grund und Boden gründen, und, was wichtig ist, fast ohne jede fremde Hilfskraft, womit in der Regel viel Ärger verbunden ist. Er ist auf jene nicht angewiesen, da das Grundstück nur klein ist. Vor übertriebenem Optimismus aber sei auch hier aewarnt.

Hier bot sich für die Reichsregierung ein gangbarer Weg zu einer zielbewußten großartigen Ansiedlung von Deutschen, die der Erwerbslosen-Fürsorge nicht dauernd zur Last fallen wollen. Die argentinische Regierung steht der Einwanderung deutscher Landwirte wohlwollend gegenüber und würde auf ein ernstliches Angebot der deutschen Regierung auch ihre Bedenken, die sie erklärlicherweise gegen alle geschlossenen größeren Siedlungen fremder Nationalitäten hegt, fallen lassen. Bedauerlich ist, daß die zwei in Argentinien vertretenen deutschen Großbanken wie die auf dem Aufblühen Argentiniens gleichfalls interessierten deutschen Schiffsahrts-Gesellschaften und großen Ein- und Ausfuhrhäuser auf diesem Gebiete bisher verjagt haben. Dagegen haben sich die meist englischen Bahn-Gesellschaften jetzt entschlossen, in den von ihnen Linien durchschnittenen Gebieten Kolonisation in größerem Ausmaße zu betreiben. Sie sind sich bewußt, daß sie mit der Errichtung neuer Kolonien in der Nähe ihrer Bahnhöfe in erster Linie ihre eigenen Geschäfte beförtern. Was Italiener und Engländer in Argentinien durchsetzen, sollte den Deutschen auch möglich sein. Die Reichsregierung sollte je eher, desto besser ihre gesamte Bevölkerungs- und Auswanderungs-Politik auf viel breitere Grundlagen stellen. Die letztere erschöpfte sich bisher fast ganz in der Erteilung gutgemeinter Ratschläge und der durchaus notwendigen Warnungen vor übereilter Auswanderung. Diese Tätigkeit muß ergänzt werden durch praktische Siedlungs-Politik auch in fremden wenig bewölkerten Ländern, zum Vorteile der dahin Auswandernden wie der daheim Bleibenden.

Die Ansiedlung in größeren geschlossenen Kolonien wird für die große Masse der nicht über fremde Sprachkenntnisse verfügenden Landsleute das Gegebene sein, um sie vor Ausbeutung und anderen bösen Erfahrungen zu bewahren. Ist der Deutsche in der Fremde allein auf sich gestellt, ohne Rückhalt an Landsleuten zu haben, so wird er sich dort nur sehr schwer eingewöhnen; was aber für unser Volkstum noch schlimmer ist, er wird nur zu schnell im fremden ihn umgebenden Volkstum aufgehen, also dem deutschen Volke verloren gehen. Die sich noch für viele Jahre in der Heimat fühlbar machende Not treibt viele aus ihren Grenzen, besonders unter den Landsleuten, die aus ihrem Eigentum in den vom Reiche abgerissenen ehemals deutschen Landesteilen verjagt, in Deutschland nicht festen Fuß zu fassen vermögen. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat ein Lebensinteresse daran, daß seine Söhne ihm in der Fremde treu bleiben. Ein starkes Auslandsdeutschum ist nicht nur in den Jahren der Not eine Stütze für die Heimat, sondern allezeit der Pionier und Vermittler für kulturelle und wirtschaftliche Güter.

Die deutsche Konkurrenz.

Churchill über den deutschen Wettbewerb.

In einer beachtenswerten Rede setzte sich der britische Finanzminister Churchill mit der deutschen Konkurrenz auseinander. Er sagte hierbei: Der deutsche Wettbewerb wird sich fühlbar machen, ein großer Wettbewerb wissenschaftlicher Organisation, die sich durch Schuldenaufnahme von einem großen Teil der Verbindlichkeiten befreit hat. Dieser Wettbewerb wird einen Vorstoß gegen uns und gegen die Märkte der Welt unternehmen, und nur wenn wir unser Haus in Ordnung bringen und ständig neue Anstrengungen machen, werden wir imstande sein, mit unseren überlegenen Hilfsquellen des Kredits und Kapitals und der Tüchtigkeit und Kompetenz unserer Arbeiter vorwärtszukommen. Churchill ermahnte zur Zusammenarbeit und warnte vor bitteren und unnötigen Zwistigkeiten zwischen hervorragenden und maßgebenden Kreisen des Staates, ebenso wie zwischen einzelnen Klassen.

Einigung über das Republikstulbgesetz.

Berlin, 13. Mai. Die Germania meldet: Die Besprechungen, die am Mittwoch und Donnerstag unter Vorsitz des Reichszanzlers und im Beisein mehrerer Reichsminister mit den Parteiführern der Regierungsparteien gepflogen worden sind, haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Danach werden die Regierungsparteien im Reichstage einen Initiativantrag einbringen, wonach das Gesetz zum Schutze der Republik um zwei Jahre verlängert wird. Das Kabinett, das ebenfalls zu einer einmütigen Auffassung gekommen ist, wird davon absehen, von sich aus eine Regierungsvorlage an den Reichstag gelangen zu lassen. Diese Vorlage müßte dann den vorgeschriebenen parlamentarischen Weg gehen, d. h. also, die verschiedenen Kommissionen und Lesungen passieren, ehe sie an den Reichstag gelangen könnte. Damit würde viel Zeit verloren gehen. Es liegt aber im Interesse der gesamten Politik, daß diese Frage möglichst bald aus der öffentlichen Diskussion ausgeschaltet wird. Man hat daher den Weg des Initiativantrages der Regierungsparteien gewählt.

Was den Inhalt dieses Antrages angeht, so besteht er aus einem Paragraphen, der besagt, daß die Geltungsdauer des jetzigen Gesetzes auf zwei Jahre verlängert wird, daß aber die Befugnisse des Staatsgerichtshofes an einen Senat des Reichsgerichtes übergehen. Wenn das Reichsverwaltungsgericht in Kraft tritt, soll es an Stelle dieses Gesetzes treten.

Zu dem Gesetz werden die Regierungsparteien eine Entschließung einbringen, die die Regierung auffordert, in Erwägungen darüber einzutreten, welche Bestimmungen des Gesetzes überhaupt beibehalten und in das allgemeine Strafgesetzbuch übernommen werden sollen. Die Entschließung ist noch nicht formuliert. Ihr Inhalt wird sich aber in der angebotenen Richtung bewegen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Dienstagabend einmütig diesen Abmachungen bei und billigte die Haltung ihrer Unterhändler.

Der Reichszkanzler wird im Laufe der nächsten Tage auch mit den Vertretern der Oppositionsparteien Fühlung nehmen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man als sicher an, daß das Gesetz noch vor den Pfingstferien verabschiedet werden wird.

Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages.

Für Abschaffung der Kapitulationen.

Hierzu von offiziöser deutscher Seite berichtet wird, ist die Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages tatsächlich erfolgt. In dieser Kündigung ist der erste Schritt der persischen Regierung zu erblicken, die Kapitulationen in Persien abzuschaffen. Die Kündigung ist formal korrekt erfolgt. Der Handelsvertrag bleibt für ein weiteres Jahr bestehen, welches dazu benutzt wird, um mit der persischen Regierung neue Vertragsverhandlungen anzubahnen. Der Schritt ist deswegen bemerkenswert, weil die grundlegenden Bestimmungen im deutsch-persischen Handelsvertrag enthalten sind und alle Verträge, die die persische Regierung mit anderen Mächten geschlossen hat, sich auf den Grundrissen des deutsch-persischen Handelsvertrages aufbauen. Es ist mithin erforderlich, daß sämtliche in Teheran vertretenen Mächte sich über die Politik einig werden, die sie aus Anlaß der Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages mit seinen Konsequenzen einzuschlagen beabsichtigen.

Polen verhaftet einen deutschen Regierungsbeamten!

Zwei Tage in einem polnischen Gefängnis.

Die polnischen Behörden haben sich einen neuen schweren Übergriff zuschulden kommen lassen. Sie haben den Regierungsrat Dahmann von der Luftfahrtabteilung des deutschen Verkehrsministeriums festgenommen, da er angeblich im polnischen Korridor eine Landung vorgenommen haben soll.

Entgegen diesen polnischen Darstellungen wird berichtet, daß Regierungsrat Dahmann, der sich auf einer Dienstreise befand, nicht den polnischen Korridor überflogen hat. Er hat ihn vielmehr trotz Nebel und Gewitter umflogen, um auf dem Danziger Flugplatz zu landen. Er mußte jedoch auf dem Gelände westlich davon eine Notlandung vornehmen, die durchaus noch auf Danziger Gebiet erfolgte. Beim Ausrollen ist das Flugzeug dann etwa 150 Meter über die Grenze gelangt. Nachdem Regierungsrat Dahmann sich ausgewiesen hatte, wurde er freigelassen. Als er aber später das Flugzeug zurückzuholen versuchte, wurde er verhaftet und unter Vorwänden nach Gdingen gelockt. Dort wurde er nachts um 2 Uhr von betrunkenen polnischen Offizieren verhört, und als er auf seine Stellung als Ministerialbeamter hinwies, verhöhnt. Ohne Angabe von Gründen hielten ihn die Polen zwei Tage lang in einem primitiven Gefängnis fest, um ihn erst am Abend des 9. und am Vormittag des 10. Mai zu verhören und darauf freizulassen.

Für Regierungsrat Dahmann ist die Angelegenheit um so schmerzlicher, als während seiner Haft sein Vater starb. Regierungsrat Dahmann ist inzwischen wieder in Berlin eingetroffen. Der deutsche Standpunkt zur Frage der Korridorüberfliegung ist übrigens, daß wir nach dem Sinn des Verfallener Vertrages das Recht zu dem Verlangen haben, daß Polen uns die Überfliegung gestatte.

Ein Ermächtigungsgesetz gegen deutsche Gemeinden.

Der Polnische Sejm in Kattowitz nahm ein Ermächtigungsgesetz an, die kommunalen Körperschaften aufzulösen, wenn diese Maßnahmen im Interesse des Staates liegt. Dieses Ermächtigungsgesetz, dem auch die polnischen Sozialisten zustimmten, richtet sich deutlich gegen die durch die Wahlen vom 14. November zustande gekommenen Gemeindevertretungen mit deutschen Mehrheiten oder wenigstens starken deutschen Minderheiten.